

„Frauen sind gut.
Da brauchen sie keine Quote,
um nach oben zu kommen.“

Lencke Wischhusen,
Bundesvorsitzende des Verbandes der jungen Unternehmer

„Diese Politik ist rückwärtsgerichtet und spielt
den Leugnern des Klimawandels in die Hände.“

Matthias Groote,
SPD-Europaparlamentarier,
zur Ablehnung der Reform des CO2-Handels durch das EU-Parlament



GASTKOMMENTAR

Gefährlicher Kurs

Die Grünen lieferten im Bundestag eine erfolgreiche Oppositionsarbeit in dieser Legislatur ab. Die hervorragenden Wahlergebnisse in den Ländern unter dem Dach der Bundestagsfraktion und der Bundespartei sprechen für sich. In der Energiewende haben sie Marksteine der Verantwortung gesetzt. Aber nicht nur in ihrer Königsklasse Energiepolitik, auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und in der alles entscheidenden Frage der Euro-Rettung haben sie dank ihres Vormannes Jürgen Trittin eine gute Figur gemacht. Es könnte alles bestens sein, wenn nicht das Wahlprogramm wäre.

Dabei kommt immer der Moment, in dem die Grünen wie der Bär aufs Eis gehen und ein Tänzchen wagen - und dabei böse auf die Nase fallen können. Die fünf D-Mark pro Liter Benzin sind noch immer präsent. Der Maximalismus der frühen Jahre feiert da stets fröhliche Urständ. Dieses Mal beim ernstesten und mit wahlentscheidenden Thema soziale Gerechtigkeit.

Das Programmpaket liegt auf dem Tisch des Parteitage: Erhöhung der steuerlichen Belastungen auf breiter Front: Anhebung der Einkommensteuer, Vermögensabgabe, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Wegfall des Ehegattensplittings, Wegfall des Kinderfreibetrags, Erhöhung der Rentenbeiträge. Wenn man noch Pläne aus anderen Politikbereichen dazunimmt, wie etwa die Pkw-Maut, erweist sich das Versprechen, die mittleren Einkommen zu entlasten und die kalte Progression zu stoppen, als Etikettenschwindel: Das Versprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit, dessen Einlösung ja dringend notwendig ist, verkehrt sich so ins Gegenteil.

Die FDP hat sich mit dem jahrelangen Absingen ihrer Steuersenkungsarie grandios ins Abseits ge-

Die Grünen dürfen den Steuerexzessen von François Hollande nicht nacheifern, fordert **Rezzo Schlauch**.



sungen, und die Grünen müssen aufpassen, dass ihnen mit dem wenig kreativen Gegenreflex nicht das gleiche Schicksal blüht. Zur Begründung dafür, dass die Grünen ohne Schaden die Steuererhöhungen programmatisch festschreiben können, wird vorgetragen, dass sie im Unterschied zu anderen Parteien ein Wählerreservoir hätten, das für höhere Belastungen ihrer Einkommens- und Vermögenssituation für das Gemeinwohl bereit ist. Das ist wahr und ein wertvolles politisches Kapital, mit dem man sensibel umgehen sollte, indem man sich auf ein oder zwei Maßnahmen beschränkt, deren Auswirkungen abzuschätzen sind. Mit dem oben genannten Sperrfeuer an zusätzlichen Belastungen wird das Ganze aber unkalkulierbar. Und ist bei Rekordsteuereinnahmen auch schwierig zu begründen.

Dramatisch wird die Gesamtkulisse aber durch das erneute Verrammeln des Arbeitsmarkts, den Rot-Grün in Zeiten ihrer Regierungsverantwortung mühsam, doch mit Erfolg geöffnet hat. Es geht beileibe nicht darum, den Kassandrarufer der Arbeitgeberverbände auf den Leim zu gehen. Der gesetzliche Mindestlohn ist eine überfällige Selbstverständlichkeit, und die Position der Leiharbeiter zu stärken ist diskutabel. Leiharbeit aber faktisch abzuschaffen, befristete Verträge und 450-Euro-Jobs nicht mehr zu erlauben wird mit den genannten Steuererhöhungen zur gefährlichen Mélange. Gefährlich für den Erhalt und die Zunahme von Arbeitsplätzen und gefährlich für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. François Hollande und Frankreich lassen grüßen.

Der Autor ist Rechtsanwalt und Staatssekretär a.D. Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com

SCHWEIZ

Die Schlinge zieht sich zu

Schweizer Banken freuen sich inzwischen über deutsche Steuerrazzien, sagt **Holger Alich**.



Es klingt nach einer gewagten These: Mit dem jüngsten Kauf einer weiteren Steuer-CD erweisen deutsche Steuerbehörden den Schweizer Banken sogar einen Gefallen. Denn die neue Aufregung um den CD-Kauf dürfte dafür sorgen, dass weitere Schwarzgeld-Kunden auch anderer Banken nun eher bereit sind, ihre Situation per Selbst-

anzeige zu bereinigen.

Und genau dieses Ziel verfolgen Schweizer Banken, zumindest die großen drei UBS, Credit Suisse und Julius Bär. Nachdem die Bereinigung der Vergangenheit über die Abgeltungssteuer, wie sie im deutsch-schweizer Steuerabkommen vorgesehen war, gescheitert ist, nehmen die namhaften Finanzhäuser das Heft selbst in die Hand - und drängen die Kunden dazu, sich per Selbstanzeige in die Legalität zu retten. Andernfalls droht Kunden der Rauswurf. Der neue Datenankauf führt nun Schwarzgeld-Besitzern erneut vor Augen, dass ihr Entdeckungsrisiko immer größer wird.

Sicher, nicht alle Schweizer Banken filzen bereits beherzt ihren Kundenstamm durch; denn schließlich waren und sind Schwarzgeld-Kunden die angenehmsten, die man sich vorstellen kann: Sie maulen nicht über hohe Gebühren, denn der Bankwechsel ist schwieriger denn je und als Performance reicht ihnen oft die hinterzogene Steuer. Und die Methode, über geklaute Bankdaten Steuerhinterzieher zu entlarven, wird in der Schweiz abgelehnt; ein Rechtsstaat dürfe nicht Datenhehlerei belohnen, heißt es.

Die nun zu erwartende neue Welle der Selbstanzeigen dürfte aber dazu beitragen, dass das Schwarzgeld-Problem deutscher Kunden in der Schweiz immer kleiner wird. Es ist dieses Altlastenproblem, das die Schweiz bisher so vehement gegen den automatischen Informationsaustausch auftreten lässt. Denn ohne die Klärung der Vergangenheit würden Bestandskunden über den Informationsaustausch enttarnt werden. Sprich, die Schweiz würde jene Kunden ans Messer liefern, die sie in der Vergangenheit mit dem Bankgeheimnis angelockt hat.

Je kleiner das Schwarzgeld-Problem, desto leichter dürfte es der Schweiz fallen, dem Info-Austausch zuzustimmen. Die Debatte darum ist auch in der Schweiz entbrannt. Denn der Informationsaustausch ist kaum mehr aufzuhalten.

Der Autor ist Korrespondent in Zürich. Sie erreichen ihn unter:
alich@handelsblatt.com